

Absender:

Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude
Frau Baus o.V.
Kümmellstraße 7
20249 Hamburg

per E-Mail vorab an ausschussdienst@hamburg-nord.hamburg.de

Hamburg, 24. Mai 2017

Geplante Flüchtlingsunterkunft Loogestraße – Nutzungszweck

Sehr geehrte Frau Baus,

für die nächste Sitzung des Regionalausschuss Eppendorf-Winterhude haben wir als Anwohner die Bitte an den Ausschuss, im Rahmen der Planung des o.g. Projektes sicherzustellen, dass im Falle einer Realisierung dieser Einrichtung (sofern Eignung des Geländes und Bedarf angesichts der sinkenden Flüchtlingszahlen tatsächlich gegeben sein sollten; wir sehen die Eignung dieser Fläche unverändert sehr kritisch) auch tatsächlich nur Flüchtlinge hier untergebracht werden.

Hintergrund unseres Schreibens ist, dass gemäß Ausführungen von Herrn Pörksen von der Senatskommission explizit auch die Unterbringung von Wohnungslosen ein Nutzungszweck der Unterbringung sein soll. Hierzu gab es auch schon Berichte in den Medien. Dies entspricht nicht den geführten Diskussionen bzw. den Argumenten der die Unterkunft befürwortenden Parteien und vor allem auch nicht der Beschlusslage des Regionalausschusses.

Neben unverändert bestehenden grundsätzlichen Vorbehalten hinsichtlich der Eignung der vorgesehenen Fläche für das Projekt sehen wir und auch diverse andere Anwohner mit denen wir hierzu gesprochen haben den zusätzlichen Verwendungszweck für (nicht näher definierte) Wohnungslose besonders kritisch. Dies war nie Thema der Diskussionen bzw. der Begründung für das Bauvorhaben und ist u.E. auch angesichts der reinen Wohnumgebung mit Spielplätzen und Schulsportstätte (der Weg der Schüler führt genau an der Unterkunft vorbei) und auch fehlender begleitender sozialer Einrichtungen keinesfalls akzeptabel.

Insofern bitten wir den Regionalausschuss im Rahmen der Planungen sicherzustellen, dass im Falle einer Realisierung der Flüchtlingsunterkunft an der Loogestraße klar festgelegt wird, dass:

- tatsächlich nur Flüchtlinge untergebracht werden und hierbei darauf geachtet wird, dass insbesondere auch Familien den geführten Diskussionen folgend hier wohnhaft sein werden (entspricht u.E. dem seinerzeitig gefassten Entschluss, der explizit ausschließlich Flüchtlinge als Belegung vorsah)

- insofern keine Erweiterung auf Wohnungslose oder anderweitige Gruppen
- Rückbau und Renaturierung der Fläche nach Wegfall des Bedarfs für Flüchtlinge (ebenfalls expliziter Bestandteil der seinerzeitigen Beschlusslage des Regionalausschusses) – dies liest sich leider in dem Schreiben von Herrn Pörksen ebenfalls anders, welches eben gerade nicht einen Rückbau nach Wegfall des Bedarfs für Flüchtlinge vorsieht!

Angesichts der großen Vorbehalte und kontrovers geführten Diskussionen sehen wir es für die Akzeptanz der Bürger insbesondere auch der politischen Institutionen als äußerst wichtig an, dass nicht „durch die Hintertür“ der mit der angeführten besonderen Notlage hinsichtlich der Sondersituation Flüchtlingsunterbringung begründete massive Eingriff in das lokale Umfeld (Wegfall Grünfläche, Eingriffe in die Umwelt (Versiegelung), lokales bauliches Stadtbild, Zunahme Verkehr etc.) im Verwendungszweck erweitert wird.

Sofern Ihrer Ansicht nach ein zusätzliches Gremium als der Regionalausschuss der passendere Adressat ist, wäre es sehr freundlich, wenn Sie diesem ergänzend dieses Schreiben zukommen ließen.

Mit freundlichen Grüßen

